

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.

Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen



Rundbrief 1/2023

- Diesmal u. a.:
- Soziale Verteidigung
 - Rüstung und Klimawandel
 - NATO-Beitritt von Schweden und Finnland
 - Belarus

Inhalt

Stephan Brües SV regional – Der Aufbau von Netzwerken	3
Christine Schweitzer Rüstung, Krieg und Klimaschutz	5
Homayoun In Solidarität mit den Menschen im Iran	7
Outi Arajärvi NATO Mitgliedschaft von Schweden und Finnland	9
Christine Schweitzer Unser Haus: Pazifist*innen zwischen allen Stühlen	11
Nele Anslinger Warum Soziale Verteidigung eine intersektionale Perspektive braucht	13
Programm der BSV-Tagung zu „Sozialer Verteidigung“	15

Impressum

Rundbrief Nr. 1/2023

Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden,
☎ 0571 29456
✉ info@soziale-verteidigung.de
🌐 www.soziale-verteidigung.de
📘 facebook.com/BSV.Frieden
🐦 twitter.com/so_verteidigen
📷 instagram.com/bund_fuer_soziale_verteidigung

Spendenkonto

IBAN: DE73 4905 0101 0089 4208 14
BIC: WELADED1MIN

Redaktion und V.i.S.d.P.:

Dr. Christine Schweitzer

Gestaltung: Maryam Aliakbari

Druck: art & image Minden

Auflage: 3.900

Erscheinungsweise vierteljährlich

Titelbild: Protest gegen die Unterdrückung
im Iran. Iran-Protest. Foto: Taymaz Valley,
CC BY 2.0

Editorial

Liebe Leser*innen,

wir freuen uns, mit diesem Rundbrief einige Themen anschneiden zu können, die uns im BSV im Moment umtreiben. Neben der Arbeit an Sozialer Verteidigung und der Unterstützung der Arbeit von „Unser Haus“ in Belarus fragen wir uns – wie alle Friedensaktivist*innen -, welche Dimensionen dieser Krieg in der Ukraine noch annehmen wird. Die Gefahr seiner Eskalation wächst mit jeder Woche, die vergeht, ohne dass Anstrengungen unternommen werden, Russland und die Ukraine an den Verhandlungstisch zu bringen. Und hier in Europa beinahe unbeachtet bleiben die wachsenden Spannungen rund um China. Japan und Australien rüsten auf, Nordkorea testet wieder Raketen, die USA führen Manöver in der Region durch. Viele Menschen fürchten, dass wir auf einen Dritten Weltkrieg zusteuern.

Wir haben auch die Sorge, dass die hier so überwältigende Beschäftigung mit dem Krieg in der Ukraine auch dazu beiträgt, dass entscheidene Maßnahmen gegen den Klimawandel und den Verlust der Biodiversität – eine genauso große Bedrohung wie die Erwärmung des Klimas – nicht angegangen werden. Vielleicht begrüßen das auch manche Politiker*innen, die sowieso nichts unternehmen wollen?

Eine führende Klimaforscherin wurde bei einer Tagung neulich gefragt, ob sie denn eigentlich noch ruhig schlafen könne angesichts dessen, was uns beim Klimawandel noch bevorstehe. Ihre Antwort: ‚Ja, denn ich weiß, dass ich alles tue, was ich kann, damit es nicht dazu kommt.‘ Vielleicht ist das ein Rezept, das wir uns zu Herzen nehmen sollten. Keine*r von uns kann einen Dritten Weltkrieg verhindern oder den CO₂-Ausstoß stoppen. Aber wir können dazu beitragen, dass es nicht zur Katastrophe kommt. Jede und jeder nach ihren und seinen Möglichkeiten. Sei es beim Protest in Lützerath, Nörvenich, vor irgendeiner Botschaft oder durch das Schreiben von Leser*innenbriefen.

Christine Schweitzer
für das BSV-Team



Soziale Verteidigung regional

Der Aufbau von Netzwerken

Foto: Ein typisches Rundling-Dorf im Wendland.

© Axel Hindemith, CC BY 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=20899507>

Die Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“ (WoW) läuft an. Die Webseite (<https://wehrhaftohne Waffen.de>) steht, die interne Organisation mit Steuerungsgruppe und Initiativ-kreis auch.

Herzstück der Kampagne sind die sog. Modellregionen, die bisher gefördert werden: Die eine ist der Oberrhein, der von Offenburg aus auch in das Elsass hineinreicht, im Norden bis Baden-Baden und Karlsruhe - und auch Freiburg einschließt (hier wurde autonom, aber in Kooperation mit uns, die Friedensstadt Freiburg initiiert). Der federführende Verein Friedenswege e.V./Chemins de Paix hat dafür mich für 10 Stunden die Woche eingestellt. Was wir gemacht haben, darüber gleich mehr.

Die zweite Region ist das Wendland, bekannt geworden und politisiert durch seine Anti-Atomproteste. Hier arbeitet Jochen Neumann, Geschäftsführer von Kurve Wustrow. Jochen spricht in aufsuchenden Gesprächen mit Personen aus Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, der Solidarischen Landwirtschaft, Friedensgruppen, aber auch mit dem MdB und der Landrätin. Letztere ist gerade dabei, einen Leitfaden für die zukünftige Entwicklung des Kreises aufzustellen, und nachdem sie von der WoW-Kampagne gehört hatte, kam sie von selbst darauf, dort ggf. die Soziale Verteidigung zu integrieren. Gute Idee.

Die dritte Region ist Berlin-Moabit, wo die REFO (Reformkirche) neben Workshops zu Themen der Sozialen Verteidigung (z.B. mit Studierenden) ihren Schwerpunkt auf resiliente Demokratie und resiliente Infrastruktur legt (z.B. Urban Gardening, Energietechnik gegen Black-Outs). Je dezentraler und autonomer die Infrastruktur ist, desto schwieriger wird es für jemanden, der von außen oder innen illegitim intervenieren will, seine Ziele umzusetzen. Es gibt auch persönliche Kontakte zu zwei MdBs des Wahlkreises.

Weitere Initiativen gibt es derzeit in Augsburg (sie kommen auch zu den monatlichen Treffen der Modellregionen und haben gerade einen Arbeitsausschuss für die Weiterarbeit gegründet), Freiburg (s.o.) und auf der Neckar-Alb (Lebenshaus Gammertingen).

Zurück zum Oberrhein: Dort fand am 24.02. in Offenburg ein Kick-Off-Treffen statt, an dem etwa 20 Personen aus verschiedenen Städten teilnahmen. Theo Ziegler führte in die Soziale Verteidigung ein, Stefan Walther in die grenzüber-



© Sabine Hebbelmann

Autor:

STEPHAN BRÜES

ist Ko-Vorsitzender des BSV. Für 2023 hat er eine 10-Stunden-Stelle bei Friedenswege e.V. in Offenburg, um die Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen am Oberrhein“ umzusetzen.

schreitende Arbeit von Friedenswege e.V. /Chemins de Paix, Betty Braun in die Überlegungen, die im Elsass angestellt werden (eine Region, die einen hohen Wahlanteil für Le Pen hat), und Christoph Besemer stellte die Initiative „Friedensstadt Freiburg“ vor. Ich stellte das Workshop-Konzept von Tobias Pastoors vor.

Ziel ist es, zunächst Gruppen für die Kampagne zu gewinnen: Umweltgruppen inkl. Solidarische Landwirtschaft (mit der örtlichen Gruppe ist für Mai ein Treffen geplant), Gewerkschaften, Kirchengemeinden und Jugendverbände. Auf dem Ostermarsch in Offenburg wird die Kampagne vorgestellt. Ein nächstes Treffen wird es Mitte April in Baden-Baden geben.

Am 4.3. waren Stefan Walther und ich im Elsass und wir trafen dort ein Dutzend Aktive vom Mouvement pour un Alternative Non-Violent (MAN), von der Christlichen Vereinigung gegen Folter (ACAT), von le SOC / Maison Jean Goss und von ABC Climont (Orte, die der Kunst der Begegnung dienen), die der Protestantischen Kirche Frankreichs nahesteht. Hier wurde vorgeschlagen, Workshops mit deutsch-französischen Jugendlichen in Strasbourg und eine Veranstaltung im Mai auf der Bio Elsass, einer Messe in Colmar, durchzuführen. Es wurde auch ins Spiel gebracht, den bekannten Historiker Jaques Semelin einzubinden, der vor einiger Zeit im Auftrag des Verteidigungsministeriums (!) gemeinsam mit Christian Mellon und Jean-Marie Müller (†, MAN) eine Studie über zivile, gewaltfreie Verteidigung („La Dissuasion civil“) geschrieben hat.

Aktive aus Elsass werden auch am 28.03. an der Mitgliederversammlung der Friedenswege teilnehmen, die am Friedensinstitut Freiburg (geleitet von Karen Hinrichs) stattfinden wird. Darüber hinaus ist eine weitere Veranstaltung zu unserer Kampagne an jenem Tag geplant. Es gibt dort auch Kontakte zu Peace4Future (Teil von Sicherheit neu denken) und Pax Christi Freiburg. Letztere hat mich zur nächsten Diözesanversammlung eingeladen.

Die ersten Angeln wurden ausgeworfen, der erste, wohlwollende Zeitungsartikel über das Treffen am 24.02. ist erschienen. Darauf lässt sich aufbauen.



Grafik: Die Region Oberrhein.
© WoW



Rüstung, Krieg und Klimaschutz

Militär als Verursacher von Erderwärmung

Foto:
Demonstration gegen das
NATO-Manöver „Steadfast
Noon“ 2021 in Nörvenich.

© atomwaffenfrei.jetzt,
CC BY-SA 2.0

Wenn über die Klimakatastrophe und ihre Ursachen gesprochen wird, dann wird ein Verursacher gerne ausgeblendet: Das Militär. Dabei gehen geschätzt rund 5 Prozent der weltweiten Emissionen auf Rüstung und Militär zurück, das sind 2.750 MtCO₂e (Megatonnen CO₂-Äquivalent). Wenn das Militär ein Land wäre, dann hätte es nach China, den USA, Indien und noch vor Russland den viertgrößten Fußabdruck in der Welt. Zum Einordnen der Größe: Ein durchschnittlicher Haushalt in Deutschland verbraucht vielleicht 10-11 Tonnen CO₂e¹ im Jahr.

Während es eine wachsende Zahl von Studien über den Zusammenhang von Klimawandel und Konflikt gibt, sind die Daten, was die Klimabelastung durch Rüstung und Krieg angeht, höchst lückenhaft. Ein Grund: Es gibt keine umfassende Berichtspflicht über den CO₂-Ausstoß im militärischen Sektor. Im Kyoto-Protokoll 1997 wurden militärische Emissionen auf Drängen der USA hin ganz rausgenommen. Das United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) erfasst „einige militärische Aktivitäten“. Beim Klimagipfel in Paris 2015 wurde dann entschieden, dass jede Nation selbst entscheidet, ob sie Daten über das Militär veröffentlichen will. Die meisten tun es nicht.

Der Lebens- (Todes-)Weg einer Waffe

Der Lebens- (Todes-)Weg einer Waffe umfasst mindestens fünf Etappen:

1. Militärisches Gerät braucht sehr viele Rohstoffe, neben Stahl u.a. viele seltene Erden - z.B. werden für einen Panzer Samarium, für Atom-U-Boote Gadolinium, für Radarsysteme Yttrium, für manche Munitionsarten Zirkonium und natürlich für viele Produkte Lithium, Kobalt und Nickel - benötigt. Bekanntlich werden für den Abbau solcher Rohstoffe Wald, landwirtschaftliche Flächen und die Heimat besonders von indigenen Völkern vernichtet und Menschenrechte verletzt. Welchen Anteil daran die Rüstungsindustrie hat, dazu gibt es keine Zahlen.

¹ Der Begriff CO₂ Äquivalent (CO₂e) berücksichtigt neben Kohlendioxid auch alle anderen Gase, wie Methan, Distickstoffoxid etc.



© C. Werner

Autorin:
CHRISTINE SCHWEITZER
ist Geschäftsführerin
beim BSV und
wissenschaftliche
Mitarbeiterin im Institut
für Friedensarbeit
und Gewaltfreie
Konfliktaustragung
(IFGK).



Foto links:
Protest gegen Rheinmetall
in Düsseldorf 2017.

© Friedenskooperative,
CC BY-ND 2.0

Foto rechts:
Todeskampf des
Pasterzegletschers
im Klimawandel.

© Steffen Schobel,
CC BY-NC 2.0



Die Quellen für die
zitierten Zahlen
können in dem
Powerpoint eines Vor-
trags der Autorin hier
nachgelesen werden:
[https://soziale-
verteidigung.
de/system/files/
documents/
ruestungsindustrie_
cschweitzer.pdf](https://soziale-verteidigung.de/system/files/documents/ruestungsindustrie_cschweitzer.pdf)



2. Bei der Produktion des Geräts geht es weiter: Eine Quelle aus den USA schätzt, dass die bei der Rüstungsproduktion in den USA entstehenden Treibhausgase 15 Prozent der gesamten in den USA industriell verursachten Treibhausgase ausmachen.
3. Danach muss das Gerät zum Abnehmer gelangen – manchmal per Bahn, wesentlicher öfter aber per Schiff und Flugzeug.
4. Die Nutzung im Übungsbetrieb ist ebenfalls eine große Belastung. Ein Eurofighter verbraucht z.B. 160 Liter Kerosin pro Minute im Normalbetrieb, bis zu 530 Liter, wenn der Nachbrenner für einen Extraschub sorgt. Bei 3.500 Kilogramm Treibstoff pro Flugstunde sind dies 11 Tonnen CO₂ Äquivalente. 2018 hatte der Eurofighter lt. IPPNW 10.480 Flugstunden. Die US-Luftwaffe hat ca. 5.200 Kampf- und Jagdflugzeuge. Beim F-35 sind es „pro Einsatz“ fast 28 Tonnen CO₂. Der Leopard-2-Panzer schluckt pro KM im Schnitt etwas mehr als vier Liter Diesel und stößt dabei 1,5 Kilogramm CO₂ aus. Neta Crawford von der Boston University hat die Emissionen des Pentagons zwischen 2001 und 2018 näherungsweise aus Daten des Energieministeriums der USA berechnet. Ihrem Bericht zufolge wurden in diesem Zeitraum das Äquivalent von 1,2 Milliarden Tonnen CO₂ an Treibhausgasen ausgestoßen. Allein 2017 seien es 59 Millionen Tonnen gewesen.
5. Noch lückenhafter sind die Angaben, was Kriege angeht. Ein paar Zahlen lassen sich dennoch finden: Die brennenden Ölquellen in Kuwait 1990/91 belasteten mit 477 Mio. t CO₂e die Umwelt. Beim Irakkrieg 2003 wurde angegeben, dass die US-Truppen 160–500 Mio. t CO₂e, plus 80 Mio. t für Gesundheitsversorgung der Truppen in die Luft gepustet hätten. Für Syrien wurde darauf hingewiesen, dass durch die Zerstörung der Infrastruktur Menschen auf primitive Heiz- und Treibstoffe zurückgreifen müssen, die eine hohe Belastung für die Umwelt darstellen. Und allein die Herstellung von Beton für den Wiederaufbau von 900.000 Wohneinheiten wird 22 Mio. Tonnen CO₂ freisetzen. Für die Ukraine haben Wissenschaftler*innen errechnet, dass in den ersten acht Kriegsmonaten ein Gesamtschaden von über 90 Millionen Tonnen CO₂e entstanden sind.

So lückenhaft all diese Zahlen sind: Sie zeigen, dass Militär und Rüstung bei der Bekämpfung der Klimakrise nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Anstatt den Versicherungen der NATO zu glauben, dass sie bis 2050 „klimaneutral“ sein wolle, sollte an der Abschaffung des Militärs gearbeitet werden!



Fotos:
Solidaritätskundgebungen
in Bonn.
© frauenlebenfreiheit_
bonn

In Solidarität mit den Menschen im Iran

Gewaltfreier Widerstand im Iran

Das folgende Interview hat Elise Kopper (EK, BSV und Frauennetzwerk für Frieden) mit Homayoun (H) von der Gruppe „Frauen Leben Freiheit Bonn“ geführt.

EK: Wer seid Ihr?

H: Unsere Gruppe ist seit fast sechs Monaten aktiv für die Befreiung von über 80 Millionen Geiseln vor dem Terrorregime „Islamische Republik (IR)“ im Iran. Wir sehen uns als ein Teil des ‚Teams Ausland‘, das versucht, hier in Deutschland der Bundesregierung zu helfen, nach 40 Jahren endlich die richtigen Entscheidungen zu treffen und jegliche Beziehungen mit dem Terrorregime IR zu beenden.

EK: In den letzten Wochen liest und hört man in deutschen Medien nicht mehr viel über die Revolution im Iran. Wie ist die aktuelle Situation im Land?

H: Im Iran gab es einen starken Winter. Seit Dezember liegt immer wieder in vielen Teilen Irans Schnee und die Proteste haben sich immer mehr auf Alltagssituationen verlagert. Zum Beispiel fahren in Bussen und Bahnen sehr viele Frauen inzwischen ohne Kopftuch. Oder zuletzt habe ich noch ein Video gesehen, in dem eine Frau an einer Universität sich zur Vorsitzendenwahl aufstellen lassen wollte, obwohl sie ganz genau wusste, dass das nicht zulässig ist. Sie kommt dann einfach auf die Bühne, schnappt sich das Mikrophon und sagt, was sie davon hält, zieht ihr Kopftuch aus und schmeißt es den Herren vor die Füße, der ganze Saal tobt und feiert sie. Sie müssen sich das vorstellen, die IR hat jahrzehntelang jegliche Opposition im Keim erstickt. So dass die Menschen nun die erstmalige Chance haben, weil so viele aktiv geworden sind, sich zu vernetzen und zu organisieren. Und genau in dieser Phase befinden wir uns gerade.

EK: Was sind die Forderungen der Protestierenden? Was wollen sie erreichen?

H: Fast 85 % der Menschen im Iran möchten das Ende der IR. Sie glauben nicht mehr an Reformen, denn dafür hatte die IR über 44 Jahre lang Zeit. Das Ergebnis ist Mord, Terror und Hinrichtung sowie eine katastrophale wirtschaftliche Lage.



© Privat

Autor:

HOMAYOUN

ist bei „Frauen Leben Freiheit Bonn“ engagiert. Er ist im Iran geboren und aufgewachsen; seit seinem 12. Lebensjahr lebt er im Rheinland.



EK: Welche Aktionsformen setzen die Menschen im Iran ein und wie schützen sie sich vor Übergriffen des Staats?

H: Neben den klassischen Demonstrationen auf den Straßen zum Beispiel vor den Uni-Speisesälen. Es ist verboten, dass die weiblichen und männlichen Studierenden gemeinsam essen. Aus Protest gehen alle in die Mensa, holen sich ihr Essen und speisen draußen auf dem Hof friedlich, aber auch das wird geahndet. Die Studierenden werden verhaftet oder von der Uni suspendiert. Inzwischen sind Kinos und Kunstveranstaltungen zu perfekten Protestorten geworden. Menschen fangen an, während der Veranstaltung im abgedunkelten Saal zu singen, schöne Lieder für Freiheit und das Ende des Regimes. Dann gibt es z. B. noch die IT-Profis, die sich im staatlichen Fernsehen einhacken und dort politische Botschaften oder Dokumente verbreiten, die von hochrangigen Regime-Mitgliedern stammen, worin sie anerkennen, den weltweiten medialen Kampf verloren zu haben.

EK: Welche Forderungen habt ihr an die deutsche Politik? Und wie kann die deutsche Zivilgesellschaft euch und die Menschen im Iran solidarisch unterstützen?

H: Es ging vor circa 40 Jahren hier in Bonn mit dem damaligen deutschen Außenminister Genscher los. Er hat mit einem Tabu gebrochen und als erster westlicher Diplomat Deals mit dem Terrorregime abgeschlossen. Deutschland ist seitdem der größte westliche Partner der IR. Wir verlangen, dass das nun beendet wird. Die Bundesregierung und die EU müssen die IR fallen lassen, indem sie zunächst die IR-Revolutionsgarde auf die EU-Terrorliste setzen. Denn die Revolutionsgarden sind die IR. Ihr Zweck ist, den Erhalt des Systems zu sichern und Richtung Europa zu expandieren. Sie sind für das brutale Vorgehen dort und für zahlreiche Anschläge in Europa und sogar in Bonn verantwortlich. Zudem darf mit diesen Terroristen nicht mehr verhandelt und kooperiert werden!

Nach nun einem halben Jahr ohne ernsthafte Maßnahmen der Bundesregierung müssen wir den Druck maximieren. Hierfür benötigen wir die Unterstützung der breiten Zivilgesellschaft, um den IR-Albtraum endlich zu beenden. Hierfür können z. B. Veranstaltungen organisiert werden, um alle über die Situation im Iran zu informieren, z. B. in den sozialen Medien, an (Hoch-)Schulen und/oder bei Kulturveranstaltungen. Zudem brauchen wir die Unterstützung aktiver Gruppen, die regelmäßig Demonstrationen für Menschenrechte, Klimaschutz, Tierrechte etc. organisieren. Wir alle zusammen können nun das gut machen, was die Bundesregierung und EU über 40 Jahre lang falsch gemacht haben. Ich bin mir sicher, dass uns das am Ende gelingen wird!



Neue NATO-Mitglieder NATO-Mitgliedschaft von Schweden und Finnland

Eine finnische Webseite fragt, warum Orange die neue Modefarbe sei. Eine Textilentwicklerin antwortete, dass Orange eine Kraftfarbe sei, während Krisen kämen solche knalligen Farben in Mode. Auch Lippenstifte werden farbenfroher, wenn die Menschen fühlen, dass es in der Welt schlechter geht. Ich schaue auf mein gelbes T-Shirt und frage mich, ob ich das brauche. Tatsächlich sind wir mit mehreren Krisen konfrontiert; Klimakrise, Krieg in der Ukraine, Inflation und steigende Energiepreise.

Auf dem gleichen Nachrichtenportal geht es um die NATO-Mitgliedschaft von Finnland und Schweden. Die Türkei blockiert Schwedens Mitgliedschaft, weil sie kurdische „Terroristen“ im Land dulde und weil Schweden erlaubt habe, dass ein rechtsextremer Mann einen Koran verbrannte. Es wird aber erwartet, dass Erdogan nach den Wahlen in der Türkei die Mitgliedschaft beider Länder ratifizieren wird. Der finnische Außenminister Haavisto vermutete, dass die USA Einfluss darauf habe, ob die Türkei ratifiziert oder nicht. Es geht auch um die Waffenlieferungen an die Türkei, die US-amerikanische F-16 Jets haben möchte. Die USA möchten jedenfalls, dass die beiden Länder gemeinsam eintreten. Finnland will auf Schweden warten, anderenfalls würde die gemeinsame Sicherheitspolitik leiden. Der schwedische Ministerpräsident Kristersson sagte, dass die NATO-Mitgliedschaft erste Priorität für Schweden habe.

Der finnische Präsident Niinistö, der gerne eine neue europäische Helsinki-Sicherheitskonferenz organisieren wollte, spricht davon nicht mehr. Die Verhandlungen machen auch keine Fortschritte, jedenfalls keine sichtbaren.

In den USA denkt man weiter. Der Think-Tank RAND Corporation kommt zum Fazit: „Die Kosten und Risiken eines langen Krieges [...] sind erheblich und überwiegen die möglichen Vorteile eines solchen Kurses für die Vereinigten Staaten.“ Sie schlagen einen Waffenstillstand vor, Sicherheitsgarantien und Neutralität für die Ukraine und eine Beendigung der Sanktionspolitik gegenüber Russland. Biden und Putin müssten das mit UNO-Beteiligung aushandeln. Einige andere Politiker*innen sagen auch, dass es nur über Präsident Biden gehen könnte, niemand anderes würde von Putin als Gegenüber akzeptiert.

Foto links:
Protest gegen den Ukraine-Krieg in Schweden.

© Svenska Freds,
<https://www.svenskafreds.se/rysslands-krig-i-ukraina/>

Foto rechts:
Der Vorsitzende des NATO-Komitees, General Micael Bydén, besuchte Ende August 2022 Schweden.

© NATO,
CC BY-NC-ND 2.0



© Privat

Autorin:
OUTI ARAJÄRVI N
ist Ko-Vorsitzende
des BSV.

Foto links:
Die Grenze im
Dreiländereck Finnland-
Norwegen-Russland vor
dem Bau eines Grenzzauns
von 1.300 km Länge, den
Finnland begonnen hat.

© Julia Velkova - Russia-
Norway-Finland border,
CC BY 2.0,
[https://commons.wikime-
dia.org/w/index.php?cu-
rid=16023440](https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=16023440)



Foto rechts:
Die „Friedensstation“,
das Haus der Peace Union
Finnland, ein umgebauter
Bahnhof.

© By Jisis - Own work,
CC BY-SA 3.0,
[https://commons.wikime-
dia.org/w/index.php?cu-
rid=5335194](https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5335194)

Derweil führen Finnland und die USA gemeinsame Militärmanöver in Lapp-
land durch. An der Übung nehmen 300 US-amerikanische Soldat*innen teil,
mehr als jemals zuvor. „Erst müssen die Soldaten sich an den Frost anpassen,
dann folgt die Kampfübung“ sagte Oberst Kotilehto. Es ist das erste Mal, dass
amerikanische Soldaten mit einem finnischen Jägerbattalion und Reservisten
gemeinsam Manöver durchführen.

Lange Zeit war die große Mehrheit der Bevölkerung und die Politik in beiden
Ländern gegen die NATO-Mitgliedschaft. Jetzt nach dem russischen Angriff
sind 60-80% dafür. Die Friedensbewegung hat protestiert, aber hat nichts
erreicht. Sie betont, dass Waffenlieferungen und Militärbündnisse nicht dem
Frieden dienen. Sie will verhindern, dass die NATO Nuklearwaffen in Finnland
stationiert und erreichen, dass Finnland stattdessen dem Atomwaffensperr-
vertrag der UNO beitrifft.

Timo Virtala, ein finnischer Friedensaktivist, betont, dass es „eine Friedens-
bewegung braucht, die sich erinnert, dass es Alternativen zu Gewalt gibt“. Es
brauche zudem die Gültigkeit des internationalen Rechts und starke Sanktionen
für Rechtsbrüche. Eine Friedensbewegung muss die Menschen davon überzeu-
gen, dass dies möglich ist und eine einzige Niederlage nicht den Untergang des
ganzen Rechtssystems bedeutet. Ein Beweis sei, dass der gegenwärtige Krieg
für Putin und auch Russland nicht lohnenswert ist.

Eine andere Aktivistin, Arja Alho, merkt an, dass die NATO-Mitgliedschaft
mehr Militarisierung der Gesellschaft bedeute. Einige Beispiele seien, dass
Zäune und Mauern an der Ostgrenze gebaut werden und es Kritik über Alands
demilitarisierte Position gibt, die die Inselgruppe seit 1856 hat. Solche Ause-
inandersetzungen wären vor paar Jahren unvorstellbar gewesen. Die Aufgabe
für die Friedensbewegung sei jetzt, dass sie die Demokratie und Freiheiten der
Bürger*innen verteidigt und über die Militarisierung spricht, die das waffen-
basierte Sicherheitsgefühl nährt.

Ein frühes Beispiel Sozialer Verteidigung in Finnland:

Outi Arajärvi (2022): Nicht gehorchen, nicht anerkennen, nicht zusammen-
arbeiten. „Passiver Widerstand“ in Finnland Anfang des 20.Jh.

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 78, März 2022, ISSN 1439-2011,
10 Seiten, 1 Euro

Bei uns im Shop zu bestellen.



Foto links: Kundgebung am 20.2.23 in Amsterdam.

Foto rechts: Kundgebung am 20.2.23 vor der belarussischen Botschaft in Berlin.

© Hendrik Haßel

Die Arbeit von „Unser Haus“ Pazifist*innen zwischen allen Stühlen

Der russische Angriff auf die Ukraine hat die gesamte Region in eine Katastrophe gestürzt. Die Hauptlast des Kriegs liegt natürlich auf der Ukraine, deren Städte, Ort- und Landschaften immer weiter zerstört und deren Bürger*innen getötet, verletzt, verschleppt, gefoltert und ausgebombt werden. Auch in Russland leiden viele Menschen – jeder der Soldaten, die in der Ukraine ums Leben kommen, hatte Eltern, Freund*innen, vielleicht ein*e Partner*in und Kinder. Wie viele bislang starben, weiß man nicht, aber es wird inzwischen von deutlich über 100.000 Toten auf russischer Seite ausgegangen. Die baltischen Länder rüsten auf und fürchten, dass sie ebenfalls von Russland angegriffen werden könnten. Das gleiche gilt für Moldawien und Georgien.

Und Belarus? Offiziell ist es weiterhin nicht am Krieg beteiligt, obwohl es russischen Truppen gestattet hat, von Belarus aus die Ukraine anzugreifen. Immer wieder machen Gerüchte die Runde, dass Lukaschenko doch vorhabe, auch mit eigenen Soldaten in den Krieg einzugreifen. Dazu kommt die innenpolitische Krise, die durch die gefälschten Wahlen im Jahr 2020 ausgelöst wurde. Die meisten Oppositionellen sind inzwischen im Ausland – oder in einem der belarussischen Gefängnisse. Doch es gibt weiter auch noch Widerstand gegen das Regime Lukaschenko, wengleich nicht mehr auf der Straße, sondern in den sozialen Medien, durch praktische Akte der Solidarität wie die Unterstützung von Strafgefangenen und durch Kriegsdienstverweigerung.

Die Organisation „Unser Haus“, mit der wir vom BSV seit über zehn Jahren eine Partnerschaft unterhalten, hat im März 2022 dazu aufgerufen, sich dem Wehrdienst zu entziehen. Wir haben immer wieder darüber berichtet. Rund 22.000 Männer sind, so schätzt „Unser Haus“, dem Aufruf „Nein heißt nein!“ gefolgt und außer Landes gegangen. Die meisten nach Litauen und Polen, wo sie mit bestenfalls gemischten Gefühlen aufgenommen wurden. Während ukrainischen Geflüchteten eine Welle der Solidarität entgegenschlug, sind Männer, die vor dem Krieg fliehen, nicht so willkommen. Sie sollten doch auf der Seite der Uk-



© C. Werner

Autorin:
CHRISTINE SCHWEITZER
ist Geschäftsführerin beim Bund für Soziale Verteidigung.



Foto links:
Olga Karatch und
Unterstützerinnen bei der
Preisverleihung in Weimar.

© Jennifer Menninger

Foto rechts:
Gruppenfoto von der
Preisverleihung
in Weimar.

© Jennifer Menninger

raine kämpfen, anstatt zu flüchten, so hört man immer wieder. Leider auch von Teilen der belarussischen politischen Opposition. Pazifismus und das Recht, das Töten zu verweigern – immerhin ein von den Vereinten Nationen anerkanntes Menschenrecht – stehen nicht hoch im Kurs, weder bei den Regierungen noch bei Teilen der Opposition. Umso wichtiger ist für „Unser Haus“, so glauben wir zumindest, die Partnerschaft mit pazifistischen Gruppen im Ausland geworden. So wurde „Unser Haus“ Mitglied der War Resisters' International und arbeitet seit einigen Monaten auch eng mit Connection e.V. zusammen, die sich auf den Schutz von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren spezialisiert haben. Seit Dezember gibt es beinahe wöchentliche Treffen in einer Viererrunde: Olga Karatch von „Unser Haus“, Yurii Sheliashenko von der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung, Rudi Friedrich von Connection und Christine Schweitzer vom BSV.

Ein Ergebnis dieser Treffen war ein europaweiter Aufruf, vor belarussischen Botschaften zu protestieren. Als Datum wählten wir den 20. Februar. Das war der Tag, an dem die russischen Truppen 2022 nach dem Ende eines Manövers in Belarus das Land nicht verließen. Kundgebungen und Proteste gab es in Berlin, Vilnius, Amsterdam, London und Athen, was von einigen Medien durchaus wahrgenommen wurde, trotz des direkt anschließenden Jahrestags des Angriffs mit seinen vielfältigen Protesten.

Außerdem läuft der Appell an EU und Europarat weiter. Er soll jetzt zum 15. Mai beendet werden, dem Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung. Er kann hier unterzeichnet werden: <https://you.wemove.eu/campaigns/russland-belarus-ukraine-schutz-und-asyl-fur-deserteure-und-verweigerer>

Im Ausland wird die Arbeit von „Unser Haus“ viel gewürdigt. So wurde im Dezember 2022 Olga Karatch in Anwesenheit des Ministerpräsidenten von Thüringen vom Oberbürgermeister der Stadt der Menschenrechtspreis der Stadt Weimar verliehen. Sie war vorgeschlagen worden von der Internationalen Liga für Frauen und Freiheit (WILPF) und dem BSV. Die Laudatio hielt Christine Schweitzer. Natürlich nicht nur wegen dieser Kampagne. „Unser Haus“ arbeitet auf vielfältige Weise mit Geflüchteten in Litauen, hilft Menschen, ihre Traumata zu überwinden, organisiert Begegnungen, dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und setzt sich für jugendliche Strafgefangene ein. Ihre Website: <https://de.news.house/>



Foto: Aus vergangenen Tagen: die „Orangene Revolution“ in der Ukraine 2004.

© CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=779303>

„Ich bin doch nicht wie du“ Warum Soziale Verteidigung eine intersektionale Perspektive braucht

Intersektionalität kommt als direkte Übersetzung aus dem Englischen und lässt sich über das Bild seiner wörtlichen Übersetzung „Straßenkreuzung“ gut erklären. Menschen, die Zielscheibe von Diskriminierung sind, können jederzeit einen „Angriff“ auf ihre Integrität aus einer Richtung der Kreuzung erfahren. Menschen die von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind, müssen jedoch jederzeit mit Angriffen aus verschiedenen Richtungen oder – um beim Bild zu bleiben – Autos von allen Zufahrtsstraßen der Kreuzung rechnen. Sie stehen sozusagen ungeschützt auf der Mitte der Kreuzung. Eine intersektionale Perspektive zeigt, dass sich bei mehrfachdiskriminierten Personen die Diskriminierungsformen nicht einfach addieren lassen, sondern eine neue, eigene Art der Diskriminierung bilden. Daher wird auch von sich überlappenden Diskriminierungsformen gesprochen. Der Begriff und das Konzept wurden in den 1980er Jahren in den USA von Kimberlé Crenshaw entwickelt.

Stellen wir uns einmal einen einigermaßen progressiven Konzern vor. Es gibt u.a. eine blinde Frau* im Aufsichtsrat, einen schwulen Abteilungsleiter, Mitarbeiter*innen mit Fluchterfahrung und eine schwarze Personalchefin. Sich sozial zu verteidigen wird für alle diese Personen mit vollkommen unterschiedlichen (persönlichen) Risiken verbunden sein.

Genau an diesem Punkt ist eine intersektionale Perspektive auf Soziale Verteidigung (SV) notwendig und sinnvoll. Eine solche Sichtweise trägt dem Umstand Rechnung, dass es nicht das eine Angebot für eine Zielgruppe geben kann. Schon gar nicht für SV, da hier aus der Natur der Sache heraus die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit und damit in ihrer Vielfältigkeit angesprochen werden soll und gebraucht wird.

Wie oben beschrieben, unterscheiden sich Diskriminierungserfahrungen und damit Lebensrealitäten auch innerhalb einer Gruppe deutlich voneinander.



© Privat

Autorin:

NELE ANSLINGER

ist Kampagnenkoordinatorin der Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“. Sie hat in Marburg Friedens- und Konfliktforschung mit den Schwerpunkten zivile Konfliktbearbeitung und Friedenspädagogik studiert. Bisher hat sie u.a. mit den Methoden des Theaters der Unterdrückten zu gesellschaftlicher Teilhabe, Antidiskriminierung und Extremismusprävention gearbeitet. Besonders am Herzen liegt ihr dabei die empowernde Arbeit in queeren Kontexten und Selbstfürsorge im politischen Aktivismus.

Foto links:
Eine Tagung der "Friedens-
bertha" und der AG Gender
zum Thema Intersektionali-
tät 2020 in Hannover.

© Christine Schweitzer

Foto rechts:
Kimberlé Crenshaw bei
der Heinrich-Böll-Stiftung
2018.

© Mohamed Badarne,
CC-BY-SA-4.0



Eine intersektionale Perspektive hilft auch dabei, sich der eigenen Privilegien bewusst zu werden. Dabei geht es nicht darum, wettbewerbsmäßig zu schauen, wem es „am schlechtesten“ geht oder sich gar schlecht zu fühlen, weil – glücklicherweise – wenig Diskriminierungserfahrungen bestehen.

Vielmehr erkennen wir, wo unsere „blinden Flecken“ sind, worüber wir also nicht nachdenken, weil es für unseren persönlichen Alltag nicht wichtig ist - und in diesem Sinne darum, einander besser zu verstehen und aufeinander zuzugehen. Es geht also um Solidarität. Und auf Solidarität ist Soziale Verteidigung in ihrer praktischen Anwendung elementar angewiesen.



Rundbrief und Briefe lieber online?

Unser Rundbrief wird kostenlos an unseren Gesamt-Adressverteiler versandt. Wer ihn lieber als PDF beziehen möchte, teile uns das doch per Email an **info@soziale-verteidigung.de** mit. Und natürlich auch, wer ihn nicht mehr erhalten will. Es besteht ebenfalls das Angebot, unsere Briefe per Email zu bekommen. Auch hier können wir die Zusendung von Papier auf Email umstellen.

Eine intersektionale Perspektive ermöglicht uns in der Vorbereitung und Koordination von SV, verschiedene Personengruppen zu berücksichtigen. Mit welchen Vertrauensorganisationen in den Nachbarschaftsvierteln können wir für Aktionstrainings zusammenarbeiten? Wie können wir traumasensibel kommunizieren (immerhin bewegen wir uns im Feld der Verteidigungspolitik)? Wie können wir Menschen mit besonderen Bedürfnissen berücksichtigen und einbinden, z.B. Ältere, Menschen mit physischen, psychischen, ggf. chronischen Vorerkrankungen? Wie kann solidarische Unterstützung aussehen für Menschen im ländlichen Raum im Vergleich zu Städten? Welche Einrichtungen können gut mit LGBTIQ2S*-Personen arbeiten, die nicht selten ein getrübtetes Vertrauen in religiöse Institutionen haben? Wie erreichen wir Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus und nicht gemeldete Personen, die gute Gründe haben, sich nicht öffentlich sichtbar zu zeigen?

Eine intersektionale Perspektive zeigt, wo „das schwächste“ Glied in der Kette ist. Dort müssen wir ansetzen. Gibt es in dem Viertel viele Menschen mit einem Altersdurchschnitt über 60 Jahre? Dann braucht es vielleicht einen Fokus auf Sicherstellung von Mobilitätsmöglichkeiten, medizinischer Versorgung und niederschweligen Beteiligungsmöglichkeiten.

Handelt es sich um einen kulturell vielfältigen Stadtteil? Dann ist es vielleicht gut, aufsuchend zu arbeiten und gemeinsam Formate zu entwickeln, bei denen kulturelle Bedürfnisse Berücksichtigung finden können.

Es wird deutlich: Sofern unser Anspruch an SV ist, die Würde und Rechte aller Menschen zu verteidigen, tun wir gut daran, uns mit verschiedenen Diskriminierungsformen und den Erlebnisswelten mehrfach marginalisierter Menschen auseinanderzusetzen. Nicht zuletzt, weil der SV sonst wertvolle Fähigkeiten und Erfahrungen entgehen.

Soziale Verteidigung

Anmeldung bis zum 15. April 2023 per E-Mail an:
info@soziale-verteidigung.de

Tagung des Bund für Soziale Verteidigung vom 12.-14. Mai 2023 in Hannover, Naturfreundehaus

Soziale Verteidigung ist ein Konzept für einen gewaltfreien Widerstand, der eine Gesellschaft wirksam gegen einen militärischen Überfall von außen, aber auch gegen einen gewaltsamen Staatsstreich von innen schützen soll. Eine Gesellschaft, die Soziale Verteidigung praktiziert, kann sich damit gegen verschiedene Risiken schützen.

Der Bund für Soziale Verteidigung ist einer der Träger der im Herbst 2022 ins Leben gerufenen Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“ (Wow): Mehr Infos hier: www.wehrhaftohne Waffen.de.

Ziel unserer Tagung ist, das Konzept der Sozialen Verteidigung vor- und zur Diskussion zu stellen. Wir möchten fragen, gegen was / wen wir uns eigentlich verteidigen wollen, was aus historischen Beispielen zivilen Widerstands gelernt werden kann und wie das Konzept der Sozialen Verteidigung an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden kann. Auch der zivile Widerstand in der Ukraine wird eine Rolle spielen, ebenso wie die neue Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“.

Freitag, 12. Mai 2023	
18.00	Eintreffen, Abendessen
19.00	Eröffnung
19.30	Vortrag: Was ist Soziale Verteidigung? Dr. Barbara Müller, IFGK
20.00	Kurzinputs mit anschließender Diskussion: Gegen wen und was wollen wir uns eigentlich verteidigen? Tobias Pastoors (WoW), Elise Kopper (BSV), Nele Anslinger (WoW)
21.00	Ende, gemütlicher Ausklang
Samstag, 13. Mai 2023	
09.00	Vortrag: Anpassung des SV-Konzepts an das 21. Jahrhundert Julia Nennstiel, Gütersloh
10.15	Einführung in die AGs
10.30	Pause
10.45	Arbeitsgruppen: AG 1) AG 1 Dänemark im 2. Weltkrieg – Ziviler Widerstand gegen die Nazis Renate Wanie AG 2) 100 Jahre Ruhrkampf: Was können wir für heute aus ihm lernen? Dr. Barbara Müller, IFGK AG 3) Finnland 1905: „Passiver Widerstand“ gegen das russische Zarenreich Outi Arajärvi AG 4) Erfolge und Niederlagen von zivilen Aufständen – was können wir aus aktuellen Erfahrungen lernen? Jan Stehn, KSVV, Werder/Havel
12.30	Mittagspause
14.30	Ziviler Widerstand in der Ukraine Filip Daza, NOVAC, ONLINE, AUF ENGLISCH
15.15	Einführung in AGs zur Frage: Wie kommen wir zu einer Gesellschaft, die sich sozial verteidigt?
15.30	Arbeitsgruppen AG 5) Meine Stadt/ Kommune sozial verteidigt Jochen Neumann, Kurve Wustrow AG 6) Soziale Verteidigung intersektional gedacht David Scheuing AG 7) „Stresstest“ – Argumente und Gegenargumente in der Diskussion Tobias Pastoors AG 8) Fortsetzung der Diskussion über SV in der Ukraine
17.00	Rotierendes Plenum zwischen den drei AGs
18.00	Ende
18.30	Abendessen
19.30	Bunter Abend (evtl. auch Filme zu SV)
Sonntag, 14. Mai 2023	
09.00	Impuls als Energizer
09.15	Grußwort von Bürgermeister Thomas Hermann – in Vertretung für Herrn Oberbürgermeister Onay, Stadt Hannover für die Mayors for Peace
09.30	Was praktisch tun? – Plenum und ggf. Kleingruppen zu Fragen wie: Kampagne SV voranbringen, Bildungsarbeit, wie mobilisieren? Nele Anslinger (WoW), Renate Wanie (BSV)
10.15	Ende der Tagung
(Danach folgt um 10.30 Uhr die MV des BSV), 12.30 Uhr Mittagessen und Abreise für diejenigen, die zur MV bleiben	

Flyer





Gewalt beginnt,
wo das Reden aufhört.

Hannah Arendt



Bund für Soziale Verteidigung e. V.
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de